

## Bundesländer-Ranking 2010: der Länderhaushaltscheck

	Finanzierungssaldo je Einwohner			Personalausgaben je Einwohner		Schulden je Einwohner
	2009	2006	Änderung 2006-2009	2009	Änderung 2006-2009	
<b>5 Punkte – weit überdurchschnittliche Performance</b>						
Mecklenburg-Vorp.	303 €	13 €	290€	1.493 €	5,5 %	7.226 €
Sachsen-Anhalt	-58 €	-148 €	90 €	1.590 €	3,8 %	9.553 €
Thüringen	-87 €	-130€	43 €	1.541 €	1,7 %	8.004 €
<b>4 Punkte – überdurchschnittliche Performance</b>						
Sachsen	112 €	365 €	-253 €	1.382 €	-3,3 %	2.993 €
Brandenburg	-159 €	-92 €	-67 €	1.473 €	6,3 %	7.557 €
Berlin	-426 €	-521 €	95 €	1.831 €	-0,9 %	17.432 €
<b>3 Punkte – durchschnittliche Performance</b>						
Niedersachsen	-293 €	-10 €	-283 €	1.685 €	9,3 %	7.571 €
Nordrhein-Westfalen	-375 €	-235 €	-141 €	1.714 €	8,4 %	8.583 €
Baden-Württemberg	-362 €	-8 €	-355 €	1.889 €	6,0 %	5.991 €
Schleswig-Holstein	-525 €	-299 €	-226 €	1.631 €	3,3 %	10.092 €
<b>2 Punkte – eher unterdurchschnittliche Performance</b>						
Hamburg	-564 €	65 €	-629 €	1.922 €	0,7 %	13.565 €
Rheinland-Pfalz	-616 €	-282 €	-334 €	1.783 €	6,8 %	8.818 €
Hessen	-583 €	10 €	-593 €	1.880 €	10,0 %	7.228 €
<b>1 Punkt – unterdurchschnittliche Performance</b>						
Bremen	-1.383 €	-1.234 €	-149 €	2.035 €	7,2 %	24.439 €
Saarland	-1.154 €	-766 €	-387 €	1.808 €	8,1 %	11.351 €
Bayern	-659 €	150 €	-809 €	1.894 €	9,7 %	3.482 €
West	-485 €	-91 €	-395 €	1800 €	8,0 %	
Ost	-75 €	-66 €	-9 €	1553 €	1,3 %	

Quelle; Länderhaushaltscheck zum INSM-Wiwo-Bundesländerranking 2010, IW Consult

## **Pressekonferenz zur Vorstellung des Bundesländerrankings 2010**

**Statement von Hubertus Pellengahr,  
Geschäftsführer der  
Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft**

**Berlin, 3. September 2010**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Politiker aller Parteien führen das Wort von der Haushaltskonsolidierung im Mund. Per Schuldenbremse genießt eine verantwortungsvolle Haushaltsführung – und das heißt für uns: Rückführung von Schulden im Interesse nachfolgender Generationen – inzwischen sogar Verfassungsrang.

In den Boomjahren vor der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise sprudelten die Steuerquellen. Einen Teil davon dafür zu nutzen, die öffentliche Verschuldung wenigstens ein kleines Stück zurückzuführen, dazu hat sich die Politik auf breiter Front nicht durchringen können. Dann erfasste uns die Krise – und mit ihr kamen neue Ausgaben für staatliche Interventionen, die der Politik erforderlich schienen oder es auch waren. Aktuell stehen wir vor überraschend guten Wachstumsprognosen – und schon melden sich manche Politiker mit neuen Begehrlichkeiten zu Wort. Mit nachhaltiger und verantwortungsvoller Politik hat das nichts zu tun.

Deshalb werden wir uns als Initiative in den kommenden Wochen und Monaten mit der öffentlichen Verschuldung auseinandersetzen. Ein wichtiger Aspekt dabei ist es, Transparenz zu schaffen und die abstrakten Zahlenkolonnen begreifbar- und fassbar zu machen. Dazu wollen wir auch im Rahmen unseres aktuellen Bundesländerrankings 2010 einen Beitrag leisten.

Denn die Bundesländer, um die es hier geht, tragen erhebliche Mitverantwortung für eine nachhaltig verantwortungsvolle Haushaltspolitik und den Abbau von Schulden. An der öffentlichen Gesamtverschuldung in Höhe von 1,694 Billionen Euro zum Ende des Jahres 2009 sind die Länder mit etwa einem Drittel beteiligt.

In unserem Auftrag haben Ökonomen der IW Consult GmbH die Einnahmen und Ausgaben der Bundesländer gegenübergestellt. Aus der Differenz ergibt sich der Finanzierungssaldo. Ist er negativ, so übersteigen die Ausgaben eines Bundeslandes seine Einnahmen. Resultat: Das Land lebt über seine Verhältnisse und muss neue Schulden aufnehmen. Die hier vorgestellten Zahlen sind je Einwohner gerechnet. Damit wollen wir, wie bereits angekündigt, das Problem fassbarer machen.

Die Daten haben wir Ihnen hier in einer Tabelle aufbereitet. Sie sehen hier viele rote – also negative – und ganz wenig grüne, positive, Zahlen. Schon auf einen Blick ist erkennbar, dass die Voraussetzungen für den Schuldenabbau nicht gut sind.

Im Jahr 2009 haben nur Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen mehr Geld eingenommen als sie ausgegeben haben und damit eine positive – grüne – Zahl beim Finanzierungssaldo 2009. Sie haben also im vergangenen Jahr nicht über ihre Verhältnisse gelebt. **In allen anderen Bundesländern ist das Verhältnis zwischen**

**Einnahmen und Ausgaben der Öffentlichen Hand mehr oder weniger stark aus dem Ruder gelaufen.**

Nehmen wir Bremen als Beispiel: Das Land hat 2009 je Einwohner 1.383 Euro weniger eingenommen als es ausgeben hat. Bezogen auf eine junge Familie mit einem Kind sind das bereits -4.149 Euro. Nachrichtlich haben wir in der letzten Spalte auch die öffentliche Verschuldung veröffentlicht. In Bremen sind es 24.439 Euro je Einwohner. Die eben bereits angesprochene dreiköpfige Bremer Familie steht damit statistisch betrachtet mit 73.317 Euro in der Kreide.

Die Ökonomen haben auch die Entwicklung des Finanzierungssaldos in der Zeit von 2006 bis 2009 beleuchtet. Verbessert haben sich hier die Länder Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Berlin.

Aus den vorliegenden Daten haben die Wissenschaftler nun einen fünfstufigen Index abgeleitet. Die Bewertungsspanne:

**5 Punkte – weit überdurchschnittliche Performance**

In diese Kategorie fallen Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

**4 Punkte – überdurchschnittliche Performance**

In dieser Gruppe sind Sachsen, der diesjährige Dynamiksieger Brandenburg und Berlin.

**3 Punkte – durchschnittliche Performance**

Darunter fallen Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein.

**2 Punkte – eher unterdurchschnittliche Performance**

Hier finden sich Hamburg, Rheinland-Pfalz und Hessen.

### **1 Punkt – unterdurchschnittliche Performance**

Zu nennen sind hier Bremen, das Saarland und Bayern.

Bewertungsgrundlage waren zum einen der aktuelle Stand des Finanzierungssaldos, der mit einem Gewicht von zwei Dritteln in die Bewertung einging, und zum anderen die Entwicklung des Finanzierungssaldos in den Jahren 2006 bis 2009 – dieser ging mit einem Drittel in die Bewertung ein.

Auffällig ist, dass die fünf neuen Bundesländer und die Bundeshauptstadt Berlin in den ersten beiden Gruppen mit der relativ besten Haushalts-Performance vertreten sind. Hier spiegelt sich auch die dynamische wirtschaftliche Entwicklung wieder, die Ostdeutschland in den letzten Jahren erlebte. Die neuen Bundesländer führen ja auch den Dynamikteil des Bundesländerrankings an.

Sie profitieren im relativen Vergleich mit den alten Bundesländern auch davon, dass ihre wirtschaftlichen Strukturen vielfach weniger exportgeprägt sind und deshalb von den krisenbedingten Einbrüchen im Auslandsgeschäft weniger betroffen waren. Ein Beispiel dafür ist die Hafenstadt Hamburg. Sie hat in den Jahren 2006 bis 2009 einen Einnahmeverlust von 8,9 Prozent erlitten.

Insofern ist hier mit gewissen Verschiebungen zu rechnen, wenn die Wirtschaft wieder anzieht und sich die Steuereinnahmen der starken Export-Bundesländer in Westdeutschland wieder verbessern.

Für das relativ gute Abschneiden des Ostens in diesem Länderhaushalts-Check gibt es aber auch hausgemachte Gründe. So hat der Osten von 2006 bis 2009 einen deutlich geringeren

Personalkosten-Anstieg (plus 1,3 Prozent) zu verzeichnen als die West-Bundesländer (plus 8 Prozent).

Die neuen Länder verzeichneten einen relativ geringeren Personalkostenzuwachs sogar vor dem Hintergrund, dass im Beobachtungszeitraum weitere Angleichungen der Tarife im Öffentlichen Dienst an das Westniveau stattfanden und die Bevölkerungszahlen in den neuen Länder überdurchschnittlichen stark zurück gingen.

Heraus ragt Mecklenburg-Vorpommern. Das Land erzielte im Jahr 2009 einen Überschuss von 303 Euro je Einwohner. MVP glänzt je Einwohner betrachtet mit den drittniedrigsten Personalkosten im Testfeld (nach Sachsen und Brandenburg). Der Staat ist in den Länderverwaltungen der Neuen Bundesländer finanziell betrachtet schlanker als in den Alten Ländern.

Auch Sachsen hat eine positive Einnahmen- / Ausgabenbilanz, ist allerdings wegen einer schwachen Entwicklung bei den Einnahmen beim Finanzierungssaldo zurückgefallen – nur 1,4 Prozent Einnahmenezuwachs in der Zeit von 2006 bis 2009 bei einem Bundesdurchschnitt von 3,9 Prozent.

Bemerkenswert ist das Ergebnis für Berlin. Die Bundeshauptstadt hat nach Bremen zwar die zweithöchste Pro-Kopfverschuldung. Aber – und das war mitentscheidend für ihre noch relativ gute Platzierung im Länderhaushaltscheck – sie hat ihren Finanzierungssaldo in der Zeit von 2006 bis 2009 deutlich verbessern können. Die Einnahmen Berlins sind in dieser Zeit um 3,9 Prozent gestiegen, die Ausgaben jedoch nur um 1,9 Prozent. Das ist ein Anhaltspunkt dafür, dass sich die Sparanstrengungen Berlins positiv auswirken.

Absolut betrachtet sind die Haushaltsprobleme Berlins aber nach wie vor so groß, dass noch auf Jahre hinaus Sparanstrengungen unternommen werden müssen, um zu einem positiven Finanzierungssaldo zu kommen. Das ist eine zentrale Voraussetzung für den Abbau der nach Bremen zweithöchsten Pro-Kopf-Verschuldung unter allen 16 Bundesländern.

Schlusslicht im Länderhaushaltscheck ist Bayern. In keinem Land hat sich der Finanzierungssaldo negativer entwickelt. Verantwortlich dafür ist ein 30-prozentiger Anstieg der Landesausgaben in der Zeit von 2006 bis 2009. Der Freistaat und seine Gemeinden haben zwar absolut betrachtet nach Sachsen die zweitniedrigste Pro-Kopf-Verschuldung. In den vergangenen Jahrzehnten ist dort also vergleichsweise gut gewirtschaftet worden. So hatte Bayern noch 2006 mehr Einnahmen als öffentliche Ausgaben. 2009 ist die Bilanz allerdings deutlich negativ – übertroffen nur durch Bremen und das Saarland. Eine wichtige Ursache dafür sind die Turbulenzen der BayernLB, die vom Freistaat gestützt werden musste.

Bayerns Landesausgaben stiegen im Beobachtungszeitraum 2006 bis 2009 um 30 Prozent. Da half es auch nicht, dass die Einnahmen um 10,3 Prozent überdurchschnittlich stiegen.

Vor dem Hintergrund der bayerischen Probleme ist noch einmal die Frage zu stellen, inwieweit sich der Staat als Banker betätigen sollte. Auch außerhalb Bayerns hat die Krise gerade öffentlich-rechtliche Banken deutlich stärker in Mitleidenschaft gezogen als private Kreditinstitute.<sup>1</sup> Auch andere Bundesländer waren gezwungen, ihren klammen Landesbanken beizustehen. Das ist auch dort auf die Landesausgaben geschlagen. Der Freistaat

---

<sup>1</sup> <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/0,1518,648797,00.html>

jedoch ist zu über 90 Prozent an der BayernLB beteiligt und deshalb von Verlusten entsprechend stark getroffen.<sup>2</sup>

**Fazit:**

- **Der Länderhaushalts-Check zeigt, dass Erfolge von Konsolidierungsanstrengungen auch bei schwierigen Kandidaten wie Berlin sichtbar werden.**
- **Er zeigt aber auch, wie weit die meisten Bundesländer noch vom Ziel entfernt sind, Schulden zurückzuführen. Sie haben sich im Rahmen der Schuldenbremse ja verpflichtet, bis zum Jahr 2020 ausgeglichene Haushalte vorzulegen.<sup>3</sup> Von diesem Ziel sind sie noch sehr weit entfernt.**
- **Er zeigt zudem, dass Haushaltskonsolidierung nicht zu allererst ein Einnahme-Thema ist. Denn zwischen 2006 und 2009 sind die Einnahmen der Bundesländer mit Ausnahme Hamburgs und Hessens trotz Krise gestiegen. Im Schnitt waren es 3,9 Prozent. Demgegenüber sind die Ausgaben deutlich stärker nach oben geklettert – um 11 Prozent. Konsolidierung muss also zu allererst über Ausgabenreduzierung erfolgen.**

---

<sup>2</sup> Die BayernLB gehört über die BayernLB Holding AG zu rund 94 Prozent dem Freistaat Bayern und zu rund 6 Prozent dem Sparkassenverband Bayern

<sup>3</sup>

[http://www.bundesfinanzministerium.de/nn\\_53848/DE/BMF\\_Startseite/Service/Glossar/S/031\\_Schuldenbremse.html?nn=true?nn=true](http://www.bundesfinanzministerium.de/nn_53848/DE/BMF_Startseite/Service/Glossar/S/031_Schuldenbremse.html?nn=true?nn=true)

- **Auch die Bundesländer sollten die nach neuesten Prognosen überraschend dynamische Wirtschaftsentwicklung in diesem Jahr und die damit zu erwartenden höheren Steuereinnahmen nutzen, konsequent ihren Finanzierungssaldo zu verbessern. Nur ein positiver Saldo ermöglicht den Abbau von Schulden. Davon sind 14 der 16 Bundesländer noch weit entfernt.**

Anlage: Ausführliche Übersicht aller Kennzahlen im Länderhaushaltscheck zum INSM-WiWo-Bundesländerranking 2010